

AGENDA

Tekla Szymanski

Notizen aus den USA IV (2008)

Die Wahl ist endlich entschieden. Wir sinken erschöpft in unsere Sessel zurück, ausgelaugt von fast zwei Jahren Wahlkampagnen, Wahlkampf und Wahlanalysen, gebeutel von der größten Wirtschaftskrise seit den 30er Jahren und belastet mit einer immensen Staatsverschuldung. Doch wir reiben uns die Augen und fühlen eine enorme Erleichterung. Dies war ein Kampf um die Zukunft des Landes, der mit dem historischen Wahlsieg Barack Obamas endete. Es war ein Riesenerfolg seiner unermüdlichen Anhänger und führt zu einem Generationswechsel, wie ihn das Land zum letzten Mal bei der Wahl John F. Kennedys erlebt hat. Es herrscht die gleiche Euphorie, damals wie heute, um einen jungen, charismatischen Kandidaten und seine Familie. Aber wir haben jetzt auch die leise Sorge, dass es für so viele gesellschaftliche Veränderungen entweder doch noch zu früh ist oder erst kurzfristig dringendere Probleme bewältigt werden müssen. Schon lange hat man in einer Wahlnacht nicht solche Menschenmassen gesehen, die spontan zusammen kamen, auf den Straßen feierten und sich weinend in die Arme fielen. Am Weißen Haus versammelten sich Hunderte von Studenten und feierten Obamas Wahlsieg. Damit hatten selbst die Sicherheitskräfte des Präsidenten nicht gerechnet.

Nur ein Mann wie Barack Obama, dessen Mutter weiß ist und dessen Vater aus Kenia stammt, kann das Land, das immer noch schwarz-weiß sieht, endlich vereinen und versöhnen. Man redet schon von der post-Obama-Ära, der Zeitrechnung nach dem phänomenalen Wahlsieg also, der das Land für immer veränderte.

Seit 100 Jahren sind nicht mehr so viele Amerikaner zu einer Präsidentschaftswahl gegangen wie 2008: 64 Prozent gaben ihre Stimme diesmal ab. Die Aussicht, den ersten schwarzen Präsidenten zu wählen, ein in der Bevölkerung noch nie so ausgeprägtes politisches Engagement gepaart mit dem explodierenden Enthusiasmus der jüngeren Wähler und Erstwähler sowie ein Verlangen nach Veränderung haben diesen Wahlkampf ausgezeichnet. Nie mehr wird man den Amerikanern nachsagen dürfen, sie seien politisch desinteressiert oder gar ignorant oder sie hätten Angst vor Veränderung und Risiko.

Die »New York Times« fasste die Gefühle auf ihrer Titelseite am Tag nach der Wahl so zusammen: Die Hauptüberschrift, über sämtliche Kolumnen gehend, hieß nur: »OBAMA«. Und das drückte genau das aus, was Millionen von Amerikanern fühlten: Obamas Name ist ein Symbol für die Hoffnung, das Land werde einen anderen Kurs

einschlagen, in allen Beziehungen, unter einem Präsidenten, der einen kühlen Kopf bewahren kann, der ehrlich, direkt, mitfühlend und ausgleichend sein wird. Der von »uns« und »wir« spricht und nicht von sich allein. Der seine Umgebung nicht in »Gute« und »Böse« einteilt. Der alle dazu aufruft, aktiv mitzuwirken und auch Opfer zu bringen, um Veränderungen zu bewirken. Der die Jugend anspricht, mit ihm aktiv die Zukunft zu gestalten. Der Konsens schaffen kann und Brücken bauen wird. Der den USA ein neues Gesicht geben wird – nach außen wie nach innen.

*

Die meisten jüdischen Medien sind sich einig, eine Obama-Administration werde gut sein für Israel. Dabei sehen viele ein, dass es jetzt erst einmal darum geht, die inneren Probleme des Landes zu lösen, bevor man die Welt und insbesondere den Nahen Osten einbeziehen kann. Zumal der Friedensprozess in Israel mit dem Ansetzen von Neuwahlen dort erst einmal um viele Monate verschoben werden könnte. Eine Obama-Administration mit Joe Biden als Vizepräsident, der die Nahostprobleme genau kennt (er traf schon 1973 mit Golda Meir zusammen), wird dann, wenn die Zeit reif ist, eine aktivere Rolle spielen können, als es die Bush-Regierung je tat. Jüdische Wähler haben sich darum eindeutig hinter Obama gestellt. Der erste Posten in der Obama-Administration wurde dem Sohn eines israelischen Einwanderers angeboten: Rahm Emanuel, 49, ein demokratischer Abgeordneter im Repräsentantenhaus aus Illinois, der in der israelischen Armee gedient hat. Man offerierte ihm, Obamas Stabschef im Weißen Haus zu werden. Und unter den neu gewählten Mitgliedern des Senates und des Repräsentantenhauses sind jetzt auch mehr Juden: 13 jüdische Senatoren (von 100) und 31 Mitglieder im Repräsentantenhaus (von 435) sind

ab Januar 2009 im neuen US-Kongress vertreten.

*

Die jüdischen Wähler waren mehr denn je im Blick der Präsidentschaftskandidaten. Denn besonders die älteren unter ihnen, die Franklin-D.-Roosevelt-Anhänger, die sonst immer demokratisch gewählt haben, hatten diesmal ihre Probleme mit dem jungen, schwarzen und für viele noch unbekanntem Barack Obama. Ganz besonders wichtig für die Demokraten waren die jüdischen Wählerstimmen in den Staaten, die von den Republikanern gewonnen werden könnten, so Florida und Pennsylvania, wo eine sehr hohe Zahl jüdischer Rentner lebt. Diese sogenannten Swing States wurden mit einer Welle republikanischer Wahlkampagnen überschwemmt, die Obamas Erfahrung und seine Israelfreundlichkeit anzweifeln sollten. Die Anti-Defamation-League kritisierte insbesondere eine Anzeige, die einen Wahlsieg Obamas mit dem Holocaust assoziierte. Der Chefredakteur der »Jewish Week«, Gary Rosenblatt, meinte, er habe in seinem Leben noch keine so negative Schmierkampagne wie die gegen Obama erlebt. »Wir alle sind Obama eine Entschuldigung schuldig. Es wird eine Weile dauern, bis die Narben heilen werden. Präsident Obama erwartet jetzt von der jüdischen Gemeinschaft eine klare Botschaft, wie und vor allem wie schnell der Friedensprozess im Nahen Osten wieder angekurbelt werden kann.«

Die Wahlmaschinerie der Republikaner, die gegen Obama antrat, inspirierte die Organisation »JewsVote.org«, die sich für Obama einsetzte, Anfang Oktober einen »Großen Schlepp« nach Florida über das Internet auszurufen. Sieben Millionen sahen sich den Videoanruf zum »Großen Schlepp« im Internet an und hunderte junger Juden zwischen 18 und 24 Jahren fuhren en masse nach Florida und überzeugten dort ihre Großeltern und deren Freunde, für

Obama zu stimmen. Ende Oktober waren Umfragen zufolge schon 77 Prozent der jüdischen Wähler in Florida für Obama – und nur noch 20 Prozent für McCain. Vielleicht lag es dann wirklich an ihnen, dass Florida doch Obama bevorzugte.

*

Im Oktober waren 74 Prozent (im April: 61 Prozent) aller amerikanischen Juden für Obama und 22 Prozent (im April: 32 Prozent) für McCain. Die Zahl der Obama-Anhänger unter den Juden nahm stetig zu. Nachdem die Republikaner Sarah Palin als Vizepräsidentin nominiert hatten, verringerte sich stetig die Zahl jüdischer McCain-Wähler. Die Gouverneurin von Alaska wurde wegen ihrer erzkonservativen, christlichen Werte von den liberalen Juden abgelehnt. Nur knapp 40 Prozent der jüdischen Wähler hatten eine positive Meinung von Palin.

Am Ende wählten 78 Prozent der amerikanischen Juden Obama (mehr als vor vier Jahren John Kerry) und 22 Prozent stimmten für McCain. Noch nie sei eine Wahlkampagne so erfolgreich unter den jüdischen Wählern gewesen wie die Obamas, negative Gerüchte zu zerstreuen und Resentiments abzubauen. Und noch nie war eine Kampagne, die jüdische Wähler ansprach, so hervorragend organisiert gewesen. Das Ringen um jüdische Wähler und die anfängliche Distanz vor allem älterer jüdischer Wähler zu Obama katapultierten neue Themen in den breiten politischen Diskurs: Antisemitismus von Seiten der Afroamerikaner, die Beziehung zwischen Juden und Schwarzen allgemein, die Rolle der Evangelikalen im Wahlkampf. All das beschäftigte ganz besonders die amerikanischen Juden, und Obamas Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten zwang viele von ihnen, ehrlich mit sich zurate zu gehen. Dazu kam, dass sich die Israelis als eine der wenigen außenstehenden

Beobachtergruppen fast geschlossen hinter McCain stellten, in der Überzeugung, die Bedrohungen von Seiten Irans könnten nur von einem erfahrenen US-Präsidenten bewältigt werden. Für amerikanische Juden schuf das ein moralisches Dilemma. Doch letztendlich waren es die innenpolitischen Probleme, die für die Wähler den Ausschlag gaben, Obama zu wählen; er symbolisiert einen Neuanfang.

*

Viele Juden interpretieren die Wahl Obamas als ein Zeichen, dass sich die Beziehungen zwischen Afroamerikanern und Juden, die in letzter Zeit angespannt waren, bessern werden. Juden standen Seite an Seite mit Schwarzen in der Bürgerrechtsbewegung. Man hofft, dass die starke Unterstützung Obamas von Seiten der amerikanischen Juden jetzt beide Gruppen näher bringen wird.

Die »Jewish Week« nannte die Wahl Obamas einen politischen »Sturm, der den Kongress in eine demokratische Spielweise verwandelt hat und dabei auch den Spielraum der größeren jüdischen Organisationen radikal verändern wird, deren liberale Positionen mehr Gehör finden werden.« Im Kommentar einen Tag nach der Wahl hieß es: »Wir Juden sind ein nervöser Haufen, wenn es um Politik geht; das ist verständlich. [...] Wir sehen aber keinen Grund zur Annahme, dass Obamas Unterstützung für Israel nicht ehrlich gemeint ist oder dass er nicht hart daran arbeiten wird, die Beziehungen zwischen beiden Staaten noch zu festigen. [...] Obamas Wahlsieg geht jedoch über die Politik hinaus. Dies ist ein historischer Moment, der ein neues Kapitel aufschlägt in der Geschichte unseres Landes, in der allen Bürgern volle Rechte gewährt werden. Die jüdische Gemeinschaft kann stolz darauf sein, dass sie in der Bürgerrechtsbewegung in den 1960 Jahren mitkämpfte, und sie weiß, dass das Niederreißen von politischen, religiösen

und sozialen Mauern allen Minoritäten zu Gute kommt. Die Wahl eines afroamerikanischen Präsidenten ist eine erstaunliche Bestätigung der Ideale – Pluralismus und Chancengleichheit – die unsere Gemeinschaft über die Jahre selbst angestrebt hat. Jeder redet davon, Demokratien in der Welt aufzubauen. Mit dieser Wahl hat Amerika jetzt bewiesen, was ein Demokratiebewusstsein bewirken kann.«

*

Wenn die Wirtschaft zusammenbricht und Finanzmärkte und Banken um ihre Existenz kämpfen, werden oft Sündenböcke gesucht. Antisemitismus wächst und extreme Stimmen werden laut. So sind in letzter Zeit verstärkt Hassparolen und Anklagen in den sogenannten Chats im Internet, insbesondere in Finanz- und Wirtschafts-Webforen, gegen Juden zu verzeichnen. Die Anti-Defamation-League (ADL) spricht von einer »dramatischen Zunahme« in der Zahl der antisemitischen Tiraden, die in diesen legitimen Foren im Internet anzutreffen sind. »Die gute Nachricht dabei ist, dass Internetanbieter wie Yahoo und Google und die Moderatoren der Internetforen diese Hasstiraden sofort wieder aus dem Netz nehmen«, sagt Abraham H. Foxman, der nationale Direktor der ADL. Darüber hinaus sind auch die Leser hellhöriger geworden und verurteilen antisemitische Kommentare sofort. Einer Umfrage des American Jewish Congress zufolge sehen nur 23 Prozent der amerikanischen Juden Antisemitismus als ein »sehr ernstzunehmendes« Problem in Amerika.

*

Ungesprochen, aber nicht verdrängt, ist die Angst, Obama könnte Opfer eines Anschlages werden. Keinem Präsidentschaftskandidaten vor ihm wurde ein ähnliches Sicherheitsprotokoll zugeordnet wie ihm. Und die Vorsicht ist durchaus berech-

tigt. Kurz vor der Wahl wurden zwei Skinheads festgenommen, die sich über das Internet kennengelernt hatten und neben Waffenraub auch planten, Barack Obama sowie zahlreiche afroamerikanische Schüler zu töten. Die beiden Männer, Daniel Cowart, 21, aus Tennessee, und Paul Schlesselman, 18, aus Arkansas, besaßen illegal Waffen und wurden am 22. Oktober in Tennessee festgenommen. Die ADL hatte schon seit 2006 beide Männer im Visier.

*

Und wie geht es innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zu? Einer neuen Umfrage des American Jewish Committee zufolge sehen sich 28 Prozent der amerikanischen Juden als religiös-konservativ und 30 Prozent als reformiert. Die Hälfte der Befragten gab an, ihr Judentum sei ihnen »sehr wichtig«, aber nur 29 Prozent fühlen sich »sehr verbunden« mit Israel. Außerdem lehnen 47 Prozent einen Präventivangriff auf Iran ab, und ganze 56 Prozent befürchten, dass Israel und seine Nachbarn nie friedlich miteinander zusammenleben werden.

*

Das German-Information-Center USA, das Organ für Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Botschaft, hat eine Studie zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen veröffentlicht. Danach hat die Mehrheit (43 Prozent) der Amerikaner ein positives Bild von Deutschland, sie bewerten die deutsch-amerikanischen Beziehungen als sehr gut (34 Prozent). Die Mehrheit sieht außerdem die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Länder als den positivsten Punkt in den Beziehungen (36 Prozent) und für 57 Prozent ist Angela Merkel eine gute Kanzlerin. Unter den Ländern, mit denen die USA die engsten Beziehungen haben, liegt Deutschland an vierter Stelle nach Großbritannien, Kanada und Japan. In Europa ist Deutsch-

land nach Großbritannien und Frankreich der engste Verbündete Amerikas. 35 Prozent sehen in Deutschland einen wichtigen Partner im Kampf gegen den Terrorismus.

*

Nachdem die orthodoxen Besitzer der größten Verarbeitungsfabrik für koscheres Fleisch in den USA, Agriprocessors in Postville, Iowa, im Mai dieses Jahres beschuldigt worden waren, illegale und teilweise minderjährige Arbeiter unter unwürdigen Bedingungen beschäftigt zu haben, fragten sich viele Verbraucher, ob ein als koscher ausgeschriebenes Produkt nicht auch ethische Grundsätze zu erfüllen habe. Daraufhin verkündete eine Gruppe orthodoxer Rabbiner, der Rabbinical Council of America, eine Arbeitsgruppe zu gründen, um einen Kodex über ethische Grundsätze in der koscheren Lebensmittelindustrie auszuarbeiten. Auch die Konservative Bewegung und die Reformbewegung hatten sich zuvor entschlossen, ein neues Koschersiegel, das »justice certificate«, an Lebensmittel zu vergeben, die unter menschen- und tierwürdigen Bedingungen hergestellt werden. Denn für viele Verbraucher reicht ein einfaches Koscherzertifikat nicht mehr aus, um ein Produkt schmackhaft zu machen. Sie verlangen jetzt verstärkt auch bessere Arbeitsbedingungen in den Fleischereien und Lebensmittelabriken, und sie diskutieren heftig, was es eigentlich bedeutet, koscher zu essen. Geht es nur um den religiösen oder auch um den ethischen und moralischen Aspekt der Lebensmittelzubereitung? Ende Oktober wurde der Besitzer von Agripro-

cessors wegen Dokumentenfälschung und Beschäftigung illegaler Arbeiter aus Guatemala verhaftet; die Firma steht jetzt kurz vor dem Bankrott.

*

Die koschere Lebensmittelindustrie in Amerika macht insgesamt einen Jahresumsatz von 12,5 Milliarden Dollar und wird in einem komplizierten, Millionen Dollar umfassenden System von Koscherzertifikaten der Orthodoxen Union (OU) bewertet. Koschere Produkte erhalten einen Stempel, der sie als koscher oder glatt-koscher auszeichnet. Allein letztes Jahr erhielten mehr als eine halbe Million Produkte in den USA ein Koscherzertifikat der OU. Mehr als 70 Prozent der Verbraucher koscherer Produkte sind keine Juden; sie betrachten das Koscherzertifikat als Gütezeichen. Die OU sieht es nicht gerne, dass auch andere religiöse Bewegungen jetzt ihre eigenen Koscherzertifikate vergeben wollen.

Agriprocessors, als größter Verarbeiter koscheren Fleisches, dominiert den koscheren Markt in den USA. Die Firma produziert 60 Prozent des koscheren Fleisches und 40 des koscheren Geflügels. Mit dem Produktionsrückgang ist es jetzt in einigen Teilen der USA zu einem akuten Mangel an koscherem Fleisch gekommen. Betroffen sind vor allem die Märkte außerhalb der Ballungsgebiete und der großen Städte. Schließt man die Fabrik, wird es lange dauern, bis die koschere Fleischproduktion wieder angekurbelt werden kann. Und auch die Preise für koscheres Fleisch werden in die Höhe schnellen.